

Neudruck

Fragestunde

201. SPD-Fraktion

Abgeordnete Kerstin Kircheis

- Prüfung von Saatgut auf Verunreinigung mit künstlich verändertem Erbgut -

Nach Presseberichten vom 27.04. wurde bei stichprobenartigen Untersuchungen des in Brandenburg gehandelten Maissaatgutes in fünf von 33 Fällen genetisch künstlich verändertes Erbgut gefunden. Das betroffene Saatgut wurde in Brandenburg nicht ausgebracht, allerdings erfassen die Stichproben nur einen Bruchteil des in Brandenburg gehandelten Saatgutes.

Ich frage die Landesregierung: Wird angesichts des schon heute hohen Anteils von verunreinigtem Saatgut die Überprüfung der hierzulande auszubringenden Saat zukünftig - z. B. durch Erhöhung der Prüfprobenzahl - verstärkt?

202. Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

- Altanschießer -

Im Ergebnis der Diskussion, um die so genannten Altanschießer-Grundstücke hat der Landtag im vergangenen Jahr in einer Novellierung des Kommunalabgabengesetzes die Möglichkeit differenzierter Herstellungsbeiträge für Wasser- und Abwasseranschlüsse eingeräumt.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Aufgabenträger der Wasserver- und Abwasserentsorgung haben bisher von dieser Möglichkeit der Erhebung differenzierter Herstellungsbeiträge Gebrauch gemacht?

203. CDU-Fraktion

Abgeordneter Dierk Homeyer

- Fragwürdige wirtschaftspolitische Aktivitäten des Finanzministers -

Laut einer Pressemitteilung des Finanzministeriums führt der Minister Gespräche mit Botchaftern, um den Messestandort Frankfurt (Oder) zu stärken. Neben Ecuador sollen laut Presseberichten nun auch Gespräche mit Kuba, Bolivien und Venezuela geführt werden. Insbesondere die zuletzt genannten Länder gelten weder als wichtige Industrieländer noch sind sie bisher als Verfechter einer freiheitlich demokratischen Grundordnung bekannt.

Ich frage die Landesregierung: Welchen wirtschaftlichen Mehrwert sieht sie bei Gesprächen mit Ländern, denen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung völlig fremd ist?

204. FDP-Fraktion

Abgeordneter Andreas Büttner

- Versetzung von in Brandenburg verbeamteten Lehrern in andere Bundesländer -

Die Einstellungsoffensive, die vom Minister für Bildung, Jugend und Sport Holger Rupprecht angekündigt worden ist, beinhaltet, junge Lehrer in Brandenburg zu verbeamteten, um Anreize zu schaffen, die den Lehrermangel verhindern sollen. In Brandenburg verbeamtete Lehrer haben die Möglichkeit, Umsetzungsanträge nach Berlin oder in andere Bundesländer zu stellen.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele verbeamtete Lehrer aus Brandenburg hatten in den letzten vier Jahren je nach Schulamtsbezirk einen Umsetzungsantrag nach Berlin bzw. in andere Bundesländer gestellt?

205. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abgeordneter Michael Jungclaus

- Geplante Off-Road-Rallye in Lauchhammer -

Die LMBV will mit Beschluss der Stadt Lauchhammer 313 ha ehemaliger Tagebaufläche im OT Kostebrau an einen Investor abgeben, der dort eine Rennstrecke betreiben will. Dort sollen amerikanische Offroad-Rennserien veranstaltet werden, die in den USA aufgrund von Umweltauflagen nicht erlaubt sind. So fahren die Fahrzeuge ohne Katalysatoren und mit verbleitem Benzin. Des Weiteren verursachen die bis 800 PS starken Fahrzeuge sehr große Schäden an dem Geländeuntergrund sowie Flora und Fauna. Ohne jegliche Schalldämpfungen erreichen diese Off-Road Fahrzeuge mehr als 120 Dezibel und überschreiten die maximal erlaubten vorgeschriebenen Werte von 85 Dezibel deutlich. Dadurch werden sowohl die Tierwelt als auch die Bewohner umliegender Ortschaften erheblich gestört.

Daher frage ich die Landesregierung: Ist das genannte Rallyekonzept in Lauchhammer nach ihrer Ansicht mit dem geltenden Recht vereinbar?

206. SPD-Fraktion

Abgeordnete Barbara Hackenschmidt

- Umleitung des RE 2 -

Laut Pressebericht in der Lausitzer Rundschau vom 21.04.2010 hat die Deutsche Bahn ihr Bahnkonzept nach Protesten der sächsischen Landesregierung geändert.

Ich frage die Landesregierung: Wie wurde bei der Problematik der Umleitung des RE 2 über Finsterwalde nach Berlin gegenüber der Deutschen Bahn argumentiert und eine konsequente Vorgehensweise eingesetzt, um einen Halt im Bahnhof Finsterwalde zu ermöglichen?

chen und somit die berechtigten Ansprüche der Berufspendler zu berücksichtigen?

207. Fraktion DIE LINKE
Abgeordneter Peer Jürgens
- Verzicht auf Wasserentgelt -

Entsprechend § 40 Abs. 4 des Brandenburgischen Wassergesetzes kann für die Entnahme von Oberflächen- und Grundwasser zum Zwecke der Freimachung und Freihaltung von Lagerstätten der Nutzer von dem Wassernutzungsentgelt befreit werden. Damit sollen die Tagebaumaßnahmen, bei denen die Wasserfreihaltungen zwangsläufig zur Gewinnung der Bodenschätze erfolgen müssen, pauschal entlastet werden. Durch den Verzicht auf das Wasserentgelt gehen dem Land Brandenburg jährlich rund 18 Mio. Euro verloren.

Ich frage die Landesregierung: Inwiefern hält sie den Verzicht auf das Wasserentgelt derzeit aus finanzpolitischen und ökologischen Gesichtspunkten für angemessen?

208. CDU-Fraktion
Abgeordneter Ludwig Burkardt
- Anlagerichtlinien zum Versorgungsfonds des Landes Brandenburg -

Die Landesregierung sieht im Haushaltsentwurf 2010 eine Zuführung von rund 214 Millionen Euro an den Versorgungsfonds des Landes vor. Die Anlage dieser Mittel wird durch Richtlinien geregelt, die das Ministerium der Finanzen inzwischen vorgelegt hat. In der Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen vom 15.04.2010 ist sehr kontrovers über die konkreten Bestimmungen der Anlagerichtlinien und insbesondere über die Frage der Anlagesicherheit diskutiert worden.

Ich frage die Landesregierung: Beabsichtigt sie angesichts der aktuellen Entwicklungen in Griechenland eine Überarbeitung der Anlagerichtlinien oder hält sie weiterhin daran fest, Landesmittel auch in Wertpapiere mit einem Rating von BBB anzulegen?

209. SPD-Fraktion
Abgeordneter Werner-Siegwart Schippel
- Gefährdung Fischereirecht der Sorben (Wenden) -

In einem Schreiben des Rates für sorbisch (wendische) Angelegenheiten wurde darauf verwiesen, dass der Komoran bereits vor zehn Jahren aus dem Anhang I der Europäischen Vogelschutzrichtlinien gestrichen wurde. Insbesondere wird dabei auf den Schaden von ca. 19.500 Euro verwiesen, der allein in einer der Spreewälder Teichwirtschaften zu verzeichnen ist. Der zusätzliche Schaden in den Fließgewässern wird mit über 200 kg Fisch pro Tag bewertet.

Mit diesen immensen Schäden ist das durch den Artikel 25 Absatz 1 der Brandenburger Verfassung besonders geschützte Fischereirecht der Sorben (Wenden) in seiner Ausübung langfristig in Frage gestellt.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die nicht juristische aber tatsächliche Gefährdung des Verfassungsrechtes der Sorben (Wenden) angesichts der enormen schadensverursachenden Populationsgröße der Komoranbestände in dieser Region?

210. Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Dr. Michael-Egidius Luthardt

- Notwendigkeit des Erhalts der gymnasialen Oberstufe am OSZ Werder -

Es ist beabsichtigt, am OSZ Werder auf Grund zu geringer Anmeldungen für die Klasse 11 keine gymnasiale Oberstufe mehr einzurichten.

Das hätte zur Folge, dass Schülerinnen und Schüler der Oberschule Lehnin keine Möglichkeit mehr haben, in erreichbarer Entfernung ein Abitur nach 13 Jahren abzulegen. Damit wäre mittelfristig auch die Oberschule in ihrer Existenz gefährdet.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie diese Entwicklungen?

211. CDU-Fraktion

Abgeordnete Monika Schulz-Höpfner

- Geschäfte mit Langzeitarbeitslosen -

In den Medien wurde darüber berichtet, dass die AWO in Neumünster Gewinne mit Ein-Euro-Kräften gemacht hat. Das Erwerbslosenforum glaubt, dass Neumünster nur die Spitze des Eisbergs ist. Eine Vielzahl von Trägern erziele Einnahmen durch den Einsatz der Ein-Euro-Kräfte. Auch in Brandenburg soll es Kontrollen bei Maßnahmeträgern gegeben haben.

Ich frage die Landesregierung: Hat sie Kenntnis darüber, dass auch in Brandenburg Gewinne durch den Einsatz Langzeitarbeitsloser erzielt wurden?

212. Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Kornelia Wehlan

- Kauf von Arriva -

Vor einigen Tagen wurde bekannt, dass die Deutsche Bahn AG (DB) den gesamten britischen Arriva-Konzern erwerben will. Da Arriva dies für 1,8 Milliarden Euro akzeptiert, hätte dies zu Folge, dass auch in Brandenburg die DB wieder Eigentümerin bzw. Miteigentümerin von ostdeutschen Eisenbahnunternehmen wird und damit wiederum eine Monopolstellung in den Eisenbahnstreckennetzen zu befürchten ist.

Ich frage die Landesregierung: Welche Auswirkungen sieht sie durch den Verkauf von Arriva auf den öffentlichen Schienenverkehr in Brandenburg?

213. Fraktion DIE LINKE
Abgeordneter Peer Jürgens
- Monitoring am Petersdorfer See -

Der Petersdorfer See im Landkreis Oder-Spree war in den letzten Jahren häufiger Ursache für Presseberichte und Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern. Grund hierfür ist die Tatsache, dass dieser See im Jahr 2005 schlagartig von einem Jahr auf das andere nahezu sämtlichen Wasserpflanzen-Bewuchs verlor, sich deutlich eintrübte und das Mühlengieß als Abfluss des Sees im Sommer regelmäßig starke Geruchsbelästigungen aufweist. Nach etlichen Beschwerden der Menschen vor Ort hat das Landesumweltamt für den Petersdorfer See ein Monitoring zur Untersuchung der Ursachen angekündigt.

Ich frage die Landesregierung: Wann und in welchem Umfang soll dieses angekündigte Monitoring stattfinden?

214. CDU-Fraktion
Abgeordnete Barbara Richstein
- Enthaltung Brandenburgs bei Subsidiaritätsrüge des Bundesrates -

Am 26. März 2010 hat der Bundesrat beschlossen, eine Subsidiaritätsrüge gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV zur Initiative des Königreichs Belgien, der Republik Bulgarien, der Republik Estland, des Königreichs Spanien, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, der Republik Ungarn, der Republik Polen, der Portugisischen Republik, Rumäniens, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die europäische Schutzanordnung zu erheben. Brandenburg hat sich bei der Abstimmung im Bundesrat enthalten.

Ich frage die Landesregierung: Warum hat sich Brandenburg bei der Abstimmung über die Subsidiaritätsrüge seiner Stimme enthalten?

215. Fraktion DIE LINKE
Abgeordnete Kerstin Meier
- Starke Bedenken gegen die Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages -

Als eines der ersten Länderparlamente hat sich das Berliner Abgeordnetenhaus mit der geplanten Neufassung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages (JMStV) im Rahmen einer Anhörung befasst. Eines der Hauptanliegen der Novellierung des JMStV, die Kennzeichnung für Online-Inhalte einzuführen und den Erziehungsberechtigten über Jugendschutzprogramme Filtermöglichkeiten an die Hand zu geben, konnte dabei fraktionsübergreifend nicht überzeugen. Die für den 10. Juni 2010 geplante endgültige Abstimmung des JMStV durch die Regierungschefin und die Regierungschefs der Länder wird zunehmend fraglich, da der JMStV nur einstimmig angenommen werden kann.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Möglichkeit, länderübergreifend Nachbesserungen am vorliegenden Entwurf des JMStV vorzunehmen, da sich schon jetzt deutlicher Überarbeitungsbedarf abzeichnet?

216. CDU-Fraktion**Abgeordneter Dieter Dombrowski****- Gänsefraßschäden in landwirtschaftlichen Kulturen im westlichen Havelland -**

Das Naturschutzgebiet Gülper See ist ein einzigartiges Vogelschutzparadies im Ländlichen Rhinow, in dem im Frühjahr und Herbst bereits über 100.000 Wildgänse an einem Tag gezählt wurden. Die geplante Ausweitung des Naturschutzgebietes Gülper See im Landkreis Havelland wird auch landwirtschaftliche Nutzflächen einbeziehen, in denen die Landwirte ihre Flächen zwar weiterhin bewirtschaften, eine Jagd auf die Gänse jedoch ausgeschlossen wäre. Der Minister äußerte auf dem Kreisbauerntag am 12. April 2010 in Paaren/Glien, dass man zwar kein Förderprogramm zum Ausgleich der Gänsefraßschäden hätte, man jedoch bereits auf der Suche nach einer Lösung für die Landwirte sei.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Lösungsalternativen werden derzeit im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft zur Lösung des Problems der Gänsefraßschäden in der Landwirtschaft geprüft?

217. Fraktion DIE LINKE**Abgeordneter Peer Jürgens****- Bahnstrecke Frankfurt (Oder) - Beeskow - Königs Wusterhausen -**

Die Regionalbahnstrecke zwischen den Städten Frankfurt (Oder) - Beeskow - Königs Wusterhausen (OE 36) ist eine für die Region wichtige Verkehrslinie. Sie verbindet den südlichen Teil des Landkreises Oder-Spree mit den Regionalbahn-Haltepunkten in Königs Wusterhausen und Frankfurt (Oder). Leider ist die Takt- und Reisezeit der Regionalbahn aufgrund der Strecke eher nutzerunfreundlich. Viele Bahnübergänge und temporeduzierte Abschnitte führen zu langen Fahrzeiten und verringern dadurch die Attraktivität. Derzeit wird der Abschnitt Frankfurt (Oder) - Beeskow gebaut und für einen schnelleren Zugverkehr umgerüstet.

Ich frage die Landesregierung: In welchem zeitlichen Rahmen wird auch der Abschnitt Beeskow - Königs Wusterhausen für eine schnellere Verbindung ausgebaut?

218. Fraktion DIE LINKE**Abgeordnete Kornelia Wehlan****- Airport-Express zum Flughafen BBI -**

Berlin und Brandenburg haben jeweils für den Airport-Express zum neuen Flughafen in Schönefeld einen eigenen Fahrplan beantragt. Demnach will Berlin zur vorgesehenen Eröffnung des Flughafens Berlin-Brandenburg International (BBI) am 30. Oktober 2011 drei Züge pro Stunde zwischen Berlin Hauptbahnhof und Flughafen fahren lassen, Brandenburg aber nur zwei. Einigen sich die Länder nicht, muss die Bahn die Entscheidung treffen. Die Flughafengesellschaft hält drei Züge pro Stunde im Abstand von 20 Minuten für erforderlich. Fahren die Züge lediglich alle 30 Minuten, gäbe es für einen Teil der angekommenen Fluggäste in Spitzenstunden keinen Platz mehr in dem Zug, so eine Prognose. Für

Brandenburg stellt sich dies als schwierige Aufgabe heraus, mehr Wagen einzusetzen. Dazu müsste der Vertrag des Verkehrsverbundes mit der Bahn geändert werden und der bestehende Regionalverkehr durch Fahrzeitverlängerung belasten werden. Im Interesse beider Länder wäre eine konsensfähige Lösung anzustreben.

Ich frage die Landesregierung: Welche Lösungsvorschläge sieht sie, um die unterschiedlichen Interessenlagen dennoch in Einklang zu bringen?

219. CDU-Fraktion

Abgeordneter Frank Bommert

- Vergabegesetz für Brandenburg -

Von der rot-roten Landesregierung wurde in der Öffentlichkeit immer wieder dargestellt, dass ein Vergabegesetz zu ihren wichtigsten Zielen in dieser Legislaturperiode gehört. Die entsprechenden Eckpunkte wurden dazu Ende Februar veröffentlicht. Zwischenzeitlich wurde aber in Veranstaltungen und über die Medien bekannt, dass es durchaus Unstimmigkeiten zwischen beiden Koalitionspartnern diesbezüglich gibt. So fordert der Arbeitsminister eine Mindestlohnkommission oder vergabefremde Kriterien, die nicht Bestandteil des Eckpunktepapiers sind.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist, angesichts der unterschiedlichen Äußerungen und der daraus resultierenden Unsicherheit bei den brandenburgischen Unternehmen, der aktuelle Stand des Vergabegesetzes?

220. CDU-Fraktion

Abgeordneter Dierk Homeyer

- Auswirkungen des Urteils des OVG Mecklenburg-Vorpommern zu Ladenöffnungszeiten vom 07.04.2010 -

In Mecklenburg-Vorpommern wurde durch das dortige Oberverwaltungsgericht die Verordnung über erweiterte Ladenöffnungszeiten in Kur- und Erholungsorten, Weltkulturerbestädten sowie in anerkannten Ausflugsorten und Ortsteilen mit besonders starkem Fremdenverkehr (Bäderverkaufsverordnung BädVerkVO) durch Urteil (Az: 4 K 13/09) für unwirksam erklärt.

Ich frage die Landesregierung: Welche Auswirkungen sieht sie durch das Urteil des OVG Mecklenburg-Vorpommern für die Kurorte in Brandenburg und der anstehenden Änderung des brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes?

221. CDU-Fraktion
Abgeordneter Sven Petke
- Generelles Verbot von Rockergruppierungen -

Am 25. März 2010 diskutierte der Landtag Brandenburg den Antrag der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg „Rockerkriminalität in Brandenburg begegnen“. Der Innenminister des Landes Brandenburg stand im Rahmen der Debatte einem generellen Verbot von Rockerclubs „skeptisch“ gegenüber und war der Meinung, dass „man sich schnell blamieren kann“.

Das Bundesland Schleswig-Holstein hat landesweit Rockergruppierungen verboten. Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein begründete das Verbot mit der blutigen Eskalation des Rockerkrieges.

Ich frage daher die Landesregierung: Wird in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen auch ein generelles Verbot von Rockergruppierungen im Land Brandenburg geprüft?